

Klingemann, Hans-Dieter

Book Part — Digitized Version

Umweltproblematik in den Wahlprogrammen der etablierten politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1986) : Umweltproblematik in den Wahlprogrammen der etablierten politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, In: Rudolf Wildenmann (Ed.): Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft - Wege zu einem neuen Grundverständnis: Kongreß der Landesregierung "Zukunftschancen eines Industrielandes", Dezember 1985, ISBN 3-9801377-0-8, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, pp. 356-361

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122572>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Umweltproblematik in den Wahlprogrammen der etablierten politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland

In den westlichen Demokratien wird den politischen Parteien die Aufgabe zugeschrieben, gesellschaftliche Probleme zu erkennen, Konzepte für die Lösung solcher Probleme zu erarbeiten, in der Bevölkerung für die Unterstützung der Konzepte zu werben und in Parlament und Regierung dafür zu sorgen, daß diese Konzepte in praktische Politik umgesetzt werden.

Die Umweltpolitik wurde von den etablierten Parteien der westeuropäischen Staaten in unterschiedlicher Weise thematisiert. In den Niederlanden, Belgien und Großbritannien erscheint das Thema Umweltschutz bereits in den 50er und 60er Jahren in den Wahlprogrammen; in Schweden, Dänemark, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland wird die Problematik erst Anfang der 70er Jahre aufgegriffen; in Frankreich und Italien setzt eine entsprechende Thematisierung gerade erst ein.

Für die etablierten Parteien der Bundesrepublik gilt, daß sie den langfristigen Charakter und die politische Brisanz der Umweltproblematik, die mindestens seit Anfang der 60er Jahre erkennbar war, nur unzureichend aufgegriffen haben. Erst unter dem Druck alarmierender Skandalfälle, der Aktivitäten von Bürgerinitiativen und den Wahlerfolgen der „Grünen“ wurde das programmatische Defizit der etablierten Parteien im Bereich der Umweltpolitik aufgearbeitet. Vor 1960 existierte praktisch keine Umweltpolitik.

Akzeptiert man die Wahlprogramme der Parteien als Indikator, so gibt die FDP unter den etablierten Parteien der Umweltpolitik den meisten Raum. CDU und SPD folgen mit deutlichem Abstand. Diese Situation gleicht der in Großbritannien und Österreich. Auch hier sind die liberalen Parteien gegenüber umweltpolitischen Problemen besonders sensibel.

Umweltpolitik umfaßt, nach der Definition der Bundesregierung (1971), *„die Gesamtheit der Maßnahmen, die notwendig sind, um dem Menschen eine Umwelt zu sichern, wie er sie für seine Gesundheit und ein menschenwürdiges Dasein braucht, und um Boden, Luft und Wasser, Pflanzen und Tierwelt vor nachteiligen Wirkungen menschlicher Eingriffe zu schützen und um Schäden oder Nachteile aus menschlichen Eingriffen zu beseitigen.“* Im Rahmen dieses Problemfeldes haben die etablierten politischen Parteien durchaus unterschiedliche Akzente gesetzt. Die FDP sieht, anders als die CDU und die SPD, den Handlungsbedarf deutlich im Bereich der (Kern-)Energiepolitik. Fragen der Betriebssicherheit und der Entsorgung von Kernkraftwerken stehen dabei im Vordergrund. Die CDU thematisiert, wie die SPD, das Spannungsverhältnis von

Ökonomie und Ökologie. Bei der CDU wird herausgestellt, daß Umweltschutzmaßnahmen gegen das Wachstum der Wirtschaft, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und den technologischen Fortschritt abgewogen werden müssen. Die SPD betont die Rolle des Staates für die Entwicklung umweltschonender Produktionsverfahren. Wenngleich alle Parteien „für“ den Umweltschutz sind, so haben die Bürger bei dieser Sachlage doch eine Wahlmöglichkeit.

Die SPD und insbesondere die FDP wollen ihre umweltpolitischen Forderungen im wesentlichen durch staatliches Handeln verwirklichen. Die CDU vertraut daneben auch auf Appelle an die wirtschaftlich und gesellschaftlich „relevanten“ Kräfte.

Die programmatisch geäußerte Handlungsbereitschaft hat sich im Gesetzgebungsprozeß niedergeschlagen. Insgesamt wurden 70 umweltrelevante Gesetze erlassen, davon entfallen 67 Prozent auf den Zeitraum zwischen 1969 und 1983. Man kann also durchaus eine positive Beziehung zwischen politischer Programmatik und dem Gesetzgebungsverfahren feststellen.

Insgesamt kann für die Zeit bis 1983 festgehalten werden:

1) die etablierten politischen Parteien haben die Umweltpolitik nach 1961 – wenngleich verspätet – so doch v. a. seit Anfang der 70er Jahre zu einem wichtigen Programmpunkt gemacht. Dies galt besonders für die FDP.

2) die programmatischen Schwerpunkte innerhalb des Feldes der Umweltpolitik waren bis dahin relativ klar voneinander geschieden. Die FDP beschäftigte sich in erster Linie mit den Folgen der Kernenergie; die CDU sah die Folgen der Umweltschutzgesetzgebung für die Wirtschaft, und die SPD will der Wirtschaft helfen, indem sie vorschlägt, Investitionen in umweltfreundliche Technologien zu subventionieren.

3) alle Parteien, insbesondere aber die FDP und die SPD wollen durch staatliche Maßnahmen handeln. Die CDU setzt daneben auch auf Appelle an die Bürger. Diese Absichten werden, das belegt die Statistik der tatsächlichen Gesetzgebungsaktivitäten, auch de facto eingelöst. In den 70er Jahren wurde im Bereich der Gesetzgebung verstärkt gehandelt.

Nach diesem Befund ist die Umweltproblematik seit Anfang der 70er Jahre zu einem festen Bestandteil des Problemkatalogs der etablierten politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Darüberhinaus haben die Parteien auch durchaus unterschiedliche Positionen, soweit es die Lösung des Problems angeht, entwickelt. Dazu haben die Bürgerinitiativen und die „Grünen“ im positiven Sinne beigetragen.

Tabelle 1 Das Gewicht der Umweltproblematik in den Wahlprogrammen der europäischen Parteien seit 1970

<i>Schweden</i>	(%)	<i>Niederlande</i>	(%)
Centerpartiet	(11,6)	Democraten '66	(9,2)
Vänsterpartiet Kommunisterna	(10,3)	Christen Democratisch Appel	(7,2)
Folkpartiet	(9,4)	Partij van der Arbeid	(5,1)
Sveriges Socialdemokratistiska Arbetarparti	(6,3)	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie	(3,4)
Moderate Samlingspartiet	(5,2)		
<i>Vereinigte Staaten</i>	(%)	<i>Großbritannien</i>	(%)
Demokraten	(3,7)	Liberal Party	(2,9)
Republikaner	(3,5)	Labour Party	(2,7)
		Conservative Party	(2,4)
<i>Frankreich</i>	(%)		
Center	(1,7)	<i>Belgien</i>	(%)
Gaullists	(1,4)	Front Démocratique des Bruxellois	
Communists	(1,3)	Francophones	(5,5)
Socialists	(0,7)	Parti Social Chretien	(4,6)
Moderates	(-)	Volksunie	(3,8)
<i>Bundesrepublik Deutschland</i>	(%)	Parti Socialiste Belge	(3,4)
Freie Demokratische Partei	(10,5)	Parti de la Liberté et de la Progrés	(3,2)
Sozialdemokratische Partei	(6,6)	Rassemblement Wallon	(2,6)
Christlich-Demokratische Partei	(5,0)		
<i>Österreich</i>	(%)	<i>Dänemark</i>	(%)
Freiheitliche Partei Österreichs	(4,8)	Socialistisk Folkeparti	(2,3)
Sozialistische Partei Österreichs	(4,1)	Fremkridtspartiet	(2,0)
Österreichische Volkspartei	(0,5)	Venstre	(1,8)
<i>Italien</i>	(%)	Radikale Venstre	(1,3)
Partito Comunista Italiano	(1,0)	Venstresocialisterne	(1,2)
Partito Socialista Italiano	(0,6)	Danmarks Retsforbundet	(1,2)
Democrazia Cristiana	(0,2)	Socialdemokratiet	(1,0)
Partito Repubblicano Italiano	(-)	Konservative Folkeparti	(0,8)
Partito Liberale Italiano	(-)	Danmarks Kommunistiske Parti	(0,4)
		Kristeligt Folkeparti	(0,4)
		Centrum-Demokraterne	(0,3)

Tabelle 2 Rangfolge thematischer Schwerpunkte der Umweltschutzproblematik in den Wahlprogrammen von CDU, FDP und SPD, 1949 bis 1983

CDU	(%)	FDP	(%)	SPD	(%)
Ökonomie und Ökologie	(13,3)	Kernenergie und Umweltschutz	(18,0)	Ökonomie und Ökologie	(9,7)
Wasserschutz	(11,1)	Wasserschutz	(9,0)	Natur- und Landschaftsschutz	(9,7)
Luftreinhaltung	(11,1)	Energiepolitik und Umweltschutz	(7,9)	Wasserschutz	(9,7)
Lärmschutz	(8,8)	Verkehrspolitik und Umweltschutz	(6,7)	Allgemeine Forderungen nach Umweltschutz	(8,5)
Allgemeine Forderungen nach Umweltschutz	(6,7)	Grenzüberschreiten-der Umweltschutz	(6,7)	Grenzüberschreiten-der Umweltschutz	(8,5)
Politische Bedeutung des Umweltschutzes	(6,7)	Umweltschutzrecht	(5,6)	Verkehrspolitik und Umweltschutz	(7,3)
Grenzüberschreiten-der Umweltschutz	(6,7)	Bürgerbeteiligung	(4,5)	Umweltschutzrecht	(6,1)
Kernenergie und Umweltschutz	(6,7)	Ökonomie und Ökologie	(4,5)	Politische Bedeutung des Umweltschutzes	(4,9)
Umweltschutzrecht	(4,4)	Natur- und Landschaftsschutz	(4,5)	Energiepolitik und Umweltschutz	(4,9)
Natur- und Landschaftsschutz	(4,4)	Politische Bedeutung des Umweltschutzes	(3,9)	Kernenergie und Umweltschutz	(4,9)
Städtebau und Umweltschutz	(4,4)	Abfall	(3,9)	Umweltschutz	(4,9)
Landwirtschaft und Umweltschutz	(4,4)	Luftreinhaltung	(3,9)	Bürgerbeteiligung	(2,4)
Technikentwicklung und Umweltschutz	(4,4)	Chemikalien	(3,9)	Abfall	(2,4)
Waldsterben	(2,2)	Lebensmittelschutz	(2,8)	Chemikalien	(2,4)
Chemikalien	(2,2)	Landwirtschaft und Umweltschutz	(2,8)	Lärmschutz	(2,4)
Energiepolitik und Umweltschutz	(2,2)	Technikentwicklung und Umweltschutz	(2,8)	Luftreinhaltung	(2,4)
Bürgerbeteiligung	(-)	Ökologische Probleme der Dritten Welt	(2,2)	Städtebau und Umweltschutz	(2,4)
Abfall	(-)	Allgemeine Forderungen n. Umweltschutz	(1,7)	Landwirtschaft und Umweltschutz	(2,4)
Lebensmittelschutz	(-)	Lärmschutz	(1,7)	Gesundheitspolitik und Umweltschutz	(2,4)
Verkehrspolitik und Umweltschutz	(-)	Waldsterben	(1,1)	Technikentwicklung und Umweltschutz	(2,4)
Ökologische Probleme der Dritten Welt	(-)	Städtebau und Umweltschutz	(1,1)	Ökologische Probleme der Dritten Welt	(2,4)
Gesundheitspolitik und Umweltschutz	(-)	Gesundheitspolitik und Umweltschutz	(1,1)	Lebensmittelschutz	(1,2)
				Waldsterben	(-)

Tabelle 3 Typ der umweltpolitischen Handlungsbereiche und -formen in Prozent der genannten umweltpolitischen Handlungsbereiche und -formen 1949–1983, aufgegliedert nach den politischen Parteien

Typ der umweltpolitischen Handlungsbereiche und -formen	SPD %	FDP %	CDU %
I. Internationale Beziehungen			
1. Internationale Kooperation	14	21	15
II. Staatlicher Bereich			
2.1 Erlaß von Gesetzen, Gesetzesnovellen und Verordnungen	21	22	10
2.2 Kontrolle der Durchführung der Gesetze (einschließlich Genehmigungsverfahren)	7	13	5
2.3 Staatliche Planung, Programme, Forschung	32	19	20
2.4 Handlungsaufforderung an den Staat	7	1	–
III. Wirtschaftlicher Bereich			
3.1 Wirtschaftsförderung, Subventionen, Investitionen	12	4	25
3.2 Handlungsaufforderung an die Wirtschaft, Verweis auf die Verbraucher und das Marktprinzip	2	7	5
IV. Gesellschaftlicher Bereich			
4.1 Information der Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung	5	10	–
4.2 Handlungsaufforderung an alle gesellschaftlichen Kräfte	–	3	20
N	43	134	20

Tabelle 4 Anzahl von umweltpolitisch relevanten Gesetzen je Wahlperiode in der Bundesrepublik

Wahlperiode	Gesamt	davon internationale Abkommen und Verträge
1 (1949 bis 1953)	3	–
2 (1953 bis 1957)	6	6
3 (1957 bis 1961)	3	–
4 (1961 bis 1965)	5	–
5 (1965 bis 1969)	6	–
6 (1969 bis 1972)	6	–
7 (1972 bis 1976)	26	5
8 (1976 bis 1980)	9	1
9 (1980 bis 1983)	6	5
Gesamt	70	17

Quelle: Chronik des Deutschen Bundestags, Gesetze, Statistik, Dokumentation, Hrg. Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestag, 1. bis 9. Wahlperiode.